

läufig ausschließen. Vielmehr ist das Aushalten des Spagats zwischen den beiden Polen als erstes Gebot einer aufgeklärten Identitätspolitik anzusehen. Für eine konstruktive, nicht von vornherein auf bloße Abschottung ausgerichtete Auseinandersetzung mit den Themen Flucht und Migration scheint eine solche Politik aus heutiger Perspektive geradezu unerlässlich – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Peter A. Kraus ist Professor für Politikwissenschaft
mit Schwerpunkt vergleichende Systemanalyse (Europa und Nordamerika)
sowie geschäftsführender Direktor des Institut für Kanada-Studien
der Universität Augsburg.
peter.kraus@phil.uni-augsburg.de

Mittelweg 36
26. Jg, Heft 2,
2017, S. 53-62

Volker M. Heins

Multikulturalismus in der Ära Trump

In wohl allen europäischen Ländern überwiegt heute die Ansicht, dass sich Einwanderer, Flüchtlinge und eingebürgerte ethnische oder religiöse Minderheiten, sofern man sie überhaupt im Land haben will, an eine ebenso nebulöse wie nicht verhandelbare »Leitkultur« anpassen sollen. »Multikulturalismus« als Programmformel für einen entspannten Umgang mit dem kulturellen Eigensinn von Einwanderern und ihren Nachkommen klingt in den Ohren der meisten Bürger_innen zumindest auf dem europäischen Kontinent veraltet, vergiftet oder »naiv«. Damit jedoch nicht genug. Der Backlash gegen den Multikulturalismus¹ wird inzwischen überboten und verschärft durch völkischen Nationalismus und weiße Identitätspolitik, die von der Neuen Rechten in Europa oder vom neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump betrieben und verkörpert werden. Insbesondere der »Trumpismus« ist schon jetzt, unabhängig davon, ob und wie er sich in Maßnahmen wie dem Bau von Mauern gegen Einwanderer oder deren massenhafter Deportation materialisiert, die gegenwärtig beunruhigendste Ausformung eines militanten Antiliberalismus in der euroamerikanischen Weltregion.

Ausgehend von diesen Beobachtungen möchte ich mein Argument in zwei Schritten darlegen. Erstens will ich kurz erklären, warum es den philosophischen Befürwortern einer Politik des Multikulturalismus ursprünglich und im Kern ging. Zweitens bezweifle ich, dass sich die von Charles Taylor eingeführte Unterscheidung zwischen einem angelsächsischen »Multikulturalismus« und einem französisch-kontinentaleuropäischen »Interkulturalismus« angesichts des Aufstiegs des Trumpismus sowie der jüngsten deutschen Erfahrungen im Zuge der Flüchtlingskrise aufrechterhalten lässt. Meine These lautet, dass der Multikulturalismus eine politische Philosophie und eine institutionelle Form des humanen Umgangs mit der kulturellen Heterogenität von Einwanderungsgesellschaften war, die überdacht und reformiert werden muss, zu der es jedoch nur eine einzige Alternative gibt: die ethnisch oder völkisch begründete Mehrheitstyrannie, die eine Verfallsform der liberalen Demokratie darstellt.

¹ Vgl. Steven Vertovec / Susanne Wessendorf (Hg.), *The Multiculturalism Backlash. European Discourses, Policies and Practices*, London / New York 2010; Volker M. Heins, *Der Skandal der Vielfalt. Geschichte und Konzepte des Multikulturalismus*, Frankfurt am Main / New York 2013; Rita Chin, *The Crisis of Multiculturalism in Europe. A History*, Princeton, NJ 2017.

Multikulturalismus revisited

Charles Taylors Essay *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung* wird bis heute oft als ein Kommentar zum Problem der Integration von Einwanderern gelesen. Dabei geht es in dem Essay überhaupt nicht in erster Linie um Migration oder Migrant:innen. Im Vordergrund stehen vielmehr die innenpolitischen Spannungen, die aus den Sezessionsbestrebungen der kanadischen Provinz Québec entstanden sind. Taylors Sorge gilt primär dem drohenden »Auseinanderbrechen«² seines eigenen Landes wie überhaupt der Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Tribalismus und Separatismus. Ähnlich wie Taylor, der zwar gegen den Separatismus, aber für die kulturellen Autonomiebestrebungen seiner Heimatprovinz eintritt, argumentiert auch dessen Landsmann James Tully, der sich gleichermaßen für die kulturelle Autonomie der indianischen Ureinwohner wie auch für eine auf wechselseitiger Anerkennung fußende Aussöhnung mit den heutigen Nachkommen der weißen Siedler einsetzt.³ In beiden Fällen beruhen die Überlegungen auf der Annahme, dass die einheimischen Verhältnisse in gewisser Weise bereits als solche »international« sind: In Gestalt unterschiedlicher Sprachen und Völker ist das kulturelle Ausland im politischen Inland immer schon präsent. Der Multikulturalismus beginnt somit als Entwurf einer »Innen-Außenpolitik«, deren Prämissen lauten, dass wir es schon im Binnenraum der nationalen Politik mit kulturellen Verhältnissen zu tun haben, die derartig heterogen und komplex sind, dass sie quasi-diplomatische Verkehrsformen nahelegen. Anders formuliert: Weltinnenpolitik findet zu Hause statt. Politische Theoretiker wie die Kanadier Taylor und Tully, aber auch andere wie etwa die israelisch-kanadische Rechtswissenschaftlerin Ayelet Shachar, denken aus der Perspektive von hybriden Nationen, deren Gesellschaften von Anfang an heterogen waren und es nicht erst durch Einwanderung allmählich geworden sind. Angedeutet wird ein solcher Gedanke übrigens bereits bei Tocqueville, wenn er beiläufig schreibt, dass in Amerika die nationalen »Parteien« manchmal »wie kleine Nationen innerhalb einer großen« oder »wie Ausländer« zueinander stünden.⁴

Der Multikulturalismus in seiner ursprünglichen philosophischen Gestalt beruht zunächst auf der Anerkennung der Existenz tiefgreifender Differenzen innerhalb der Bevölkerung bestimmter Länder und Regionen als einer *Tatsache*. Mit Differenzen sind hier nicht grundsätzliche Meinungs-

verschiedenheiten gemeint, sondern Unterschiede in Religion, Sprache oder ethnischer Herkunft, die auch als solche sichtbar und spürbar werden. Aus der Anerkennung der Existenz dieser tiefgreifenden Differenzen als einer Tatsache folgt nun keineswegs, dass man die betreffenden Differenzen feiern sollte, wie das gelegentlich in *diversity workshops* der Personalabteilungen von Großunternehmen propagiert wird. Allerdings verlangt ihre Anerkennung die Bereitschaft, das Faktum der Vielfalt als eine dauerhafte gesellschaftliche Gegebenheit zu akzeptieren. So gesehen war die seinerzeit von Jürgen Habermas geäußerte Kritik an Taylors Konzept des Multikulturalismus durchaus problematisch, weil der deutsche Philosoph einen anonymen, die Vielfalt reduzierenden »Modernisierungsprozeß« ins Spiel brachte, von dem er behauptete, dass er die vermeintlich rückständigen Lebensweisen von Einwanderern und Einheimischen allmählich »zermahlen« und damit zum Verschwinden bringen würde.⁵

Neben der Anerkennung der faktisch bestehenden Differenzen zwischen Lebensweisen legt der Multikulturalismus aber auch eine bestimmte Form des *Umgangs* mit der Tatsache der Vielfalt nahe. Die aus multikultureller Sicht gebotene Form des Umgangs mit tiefgreifenden Differenzen ist nicht repressiv und an starren Regeln orientiert, sondern kontextsensibel und kasuistisch. Avigail Eisenbergs Begriff der »institutionellen Demut« (*institutional humility*) als Charakteristikum des angemessenen Umgangs mit den Bedürfnissen und Ansprüchen von Minderheiten in Demokratien fasst diesen Ansatz gut zusammen.⁶ Liberale Toleranz ist ein zentraler Aspekt dieser Umgangsform, wobei der normative Impuls über Toleranz im Sinne bloßer Duldung allerdings insofern deutlich hinausgeht, als er auf die Herstellung von Empathie und Solidarität zwischen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Herkunftsgeschichten und Orientierungen abzielt. Taylors zentrales Argument für eine kulturell sensible Politik, die innerhalb vernünftiger Grenzen auch auf die proklamierte Identität einzelner Gruppen Rücksicht nimmt, wird weniger mit den Geboten der Gerechtigkeit als mit solchen der Klugheit begründet. Im Lichte der Erfahrungen mit den französischen-sprachigen Québécois oder den kanadischen Ureinwohnern ist die zwangsweise Assimilation weder gerecht noch machbar. Assimilation ist angesichts des pluralistischen Charakters heutiger Gesellschaften schlicht keine praktikable politische Option mehr. Das Beharren auf einer Politik der Assimilation führt nicht zu einer Homogenisierung der Bevölkerung, sondern im Gegenteil zum Rückzug ganzer Gruppen in ideologische Silos oder Parallelgesellschaften. Taylors Version des Multikulturalismus unter-

² Charles Taylor, *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, übers. v. Reinhard Kaiser, Frankfurt am Main 1993, S. 38 (Orig.: *Multiculturalism and The Politics of Recognition*, An Essay, Princeton, NJ 1992).

³ Vgl. James Tully, »The Negotiation of Reconciliation«, in: ders., *Public Philosophy in a New Key*, Bd. I: Democracy and Civic Freedom, Cambridge 2008, S. 223–256.

⁴ Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, übers. v. Hans Zbinden, 2. Aufl., Stuttgart 1984, S. 290, Fn. 3.

⁵ Jürgen Habermas, »Kampf um Anerkennung im demokratischen Rechtsstaat«, in: ders., *Die Einbeziehung des Anderen*. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main 1996, S. 237–276, hier S. 260.

⁶ Vgl. Avigail Eisenberg, *Reasons of Identity. A Normative Guide to the Political and Legal Assessment of Identity Claims*, Oxford 2009, S. 25–28.

scheidet sich von anderen Ansätzen, wie sie etwa aus dem Umfeld kosmopolitischer Theorien der Migration stammen, nicht zuletzt dadurch, dass sie sich jeder Aussage über die normative Wünschbarkeit von offenen Grenzen und globaler Einwanderung enthält.⁷ Ausgehend von der kanadischen Erfahrung ist ein hoher Grad an Diversität vielmehr eine vorgefundene Tatsache, mit der Staat und Gesellschaft mehr oder weniger klug umgehen können, um das Gemeinwesen zusammenzuhalten.

Einer der Haupteinwände gegen den Multikulturalismus lautete von Anfang an, dass die Verteidigung der Vielfalt der Kulturen auf Kosten der noch viel größeren Vielfalt der Einzelnen geschehe, die allzu oft von den Sprechern dieser Kulturen vereinnahmt und deren individuelle Rechte allzu häufig im Namen der Rechte des Kollektivs eingeschränkt würden. So argumentierte auch Habermas in dem oben genannten Text gegen Taylor, dass der Schutz der französischen Sprache und die symbolische Aufwertung der Frankokanadier in der Provinz Québec in Widerspruch zu geraten drohe zu den Rechten der Individuen, die ihre Ansprüche auf Wahlfreiheit vielleicht auch gegen die Kultur, in die sie hineingeboren wurden, einklagen möchten.⁸ Dieses Argument ist in seiner Allgemeinheit völlig berechtigt, unterstellt aber fälschlicherweise, dass Taylor die kollektive Herkunftskultur für *moralisch* fundamental und daher für unbedingt schützenswert hält. Taylor und andere argumentieren jedoch mit Blick auf diese Frage viel vorsichtiger, indem sie zunächst nur behaupten, dass die Bindung an eine gemeinsame Kultur häufig *faktisch* eine starke Handlungsorientierung darstellt, die sich unter bestimmten Umständen politisch mobilisieren lässt. Hinzu kommt, dass Habermas inkonsequent ist. Wäre er konsequent, müsste er auch in Europa jegliche staatlich sanktionierte Einschränkung der individuellen Wahlfreiheit im Namen kollektiver kultureller Werte zurückweisen, also etwa die Festlegung von Nationalsprachen oder die Einführung verbindlicher Curricula. An solchen Beispielen wird deutlich, dass die kanadischen Multikulturalisten keineswegs einen bürokratischen »Artenschutz« im Sinn hatten, der in Widerspruch steht zu den individuellen Freiheiten, wie sie im Rest der Welt verstanden werden. Ein zweiter Einwand gegen den Multikulturalismus ist radikaler, weil er die Prämisse zurückweist, dass es so etwas wie distinkte Kulturen, denen man einzelne Menschen zuordnen kann, überhaupt gibt. Zur Untermauerung der Gegenthese verweisen Beobachter etwa darauf, dass Kulturen, Siedlungsgebiete und individuelle Lebensweisen zunehmend »hybrid« seien, dass sich bloß statistische, »digitalisierte« Bevölkerungsgruppen nicht länger in »analoge« Bilder übersetzen ließen oder dass demografische Trends durch das Zusammenspiel vieler Variablen auf das Entstehen einer »Super-Diversität« hindeuteten, die traditionelle Vor-

⁷ Vgl. exemplarisch Joseph H. Carens, *The Ethics of Immigration*, Oxford 2013.

Südosteuropäische
Gaumenfreude für die
deutsche Mikrowelle.



stellungen robuster Einwanderer- oder Mehrheitskulturen obsolet erscheinen ließen.⁹ Diese Kritik ist nicht falsch. Sie trifft eine gewisse multikulturelle Rhetorik, wie sie von Stadtverwaltungen, Universitäten oder Unternehmen gepflegt wird, oder auch den französischen Anthropologen Claude Lévi-Strauss, der sich die Welt als einen »Archipel« ursprünglich voneinander getrennter Kulturen vorstellte, die erst durch die Globalisierung gewaltsam und zu ihrem Schaden miteinander in Kontakt gebracht worden seien.¹⁰

Die Intention der politischen Philosophie des Multikulturalismus geht jedoch in eine andere Richtung. Ihre Vertreter interessieren sich nämlich für Gruppenbildungsprozesse nicht in erster Linie aus einer soziologischen Beobachter-, sondern aus einer politischen Teilnehmerperspektive. Denkt man von den Subjekten her, stellt man rasch fest, dass deren Lebensweisen sich nicht länger unter das Dach irgendwelcher Makrokulturen zwingen lassen. Gleichwohl lässt sich beobachten, wie in bestimmten Situationen über alle größeren und kleineren Unterschiede hinweg sehr wohl Gruppenidentitäten konstruiert und inszeniert werden. So sind Migrant:innen aus mehrheitlich muslimischen Ländern häufig erst in Deutschland zu den »Muslimen« geworden, als die sie schon vorher wahrgenommen und stigmatisiert wurden. Das geschieht in einem Prozess der Umwertung feindseliger Zuschreibungen und Fremddefinitionen in eine positive Selbstdefinition der eigenen Identität.¹¹ In ähnlicher Weise hat Nicole Falkenhayner für Großbritannien gezeigt, wie im Kontext der Affäre um Salman Rushdies umstrittenen Roman *Die Satanischen Verse* »die Muslime« zunächst von den Medien als homogene Gruppe repräsentiert wurden, bevor sie dazu übergingen, selbst als Muslime in der Öffentlichkeit aufzutreten und zu protestieren.¹²

Die soziologische Tatsache der Hybridisierung und Pluralisierung von Lebensweisen ändert also nichts daran, dass es in modernen Gesellschaften auch immer wieder zu Prozessen des wechselseitigen Gewährwerdens von Individuen kommt, die sich in der Folge als Angehörige einer bestimmten Kultur oder kulturellen Minderheit verstehen. Sobald das geschieht, werden aus bloß statistischen Gruppen reale Adressaten potenzieller Mobilisierungskampagnen. Der Multikulturalismus, wie er von Charles Taylor und

9 Vgl. Seyla Benhabib, *The Claims of Culture. Equality and Diversity in the Global Era*, Princeton, NJ 2002; Armin Nassehi, *Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*, Hamburg 2015, Kap. 4; Steven Vertovec, »Super-Diversity and its Implications«, in: *Ethnic and Racial Studies* 30 (2007), 6, S. 1024–1054.

10 Vgl. Jordan Sand, »UNESCO and the Strange Career of Multiculturalism«, in: *Los Angeles Review of Books*, 28. 8. 2016.

11 Vgl. Riem Spielhaus, *Wer ist hier Muslim? Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung*, Würzburg 2011.

12 Vgl. Nicole Falkenhayner, *Making the British Muslim. Representations of the Rushdie*

anderen konzipiert wurde, ist der Versuch, eine liberale Antwort auf diese Herausforderung zu geben.

Das ethnonationale Phantasma der Stammbevölkerung

Wenn es einen echten Irrtum des frühen kanadischen Multikulturalismus gibt, dann liegt dieser darin, dass die kulturelle »Tiefe« der Unterschiede, die zwischen den Ureinwohnern und den europäischen Siedlern auf dem nordamerikanischen Kontinent vorherrschte, ziemlich umstandslos auf das Verhältnis von Einwanderern und Einheimischen in der heutigen Welt übertragen wurde. Die Frage, ob die kulturellen Unterschiede zwischen Neuankömmlingen und Einheimischen tiefgreifender sind als die Unterschiede, die es bereits unter den Einheimischen gibt, ist jedoch keine prinzipielle, sondern eine empirische. Die vielen Flüchtlinge, die in jüngster Zeit nach Deutschland kamen, bieten hierfür ein aufschlussreiches Untersuchungsfeld. Eine qualitative Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kommt zum Beispiel zu dem Ergebnis, dass die große Mehrheit der Geflüchteten nach Deutschland gekommen ist, weil sie die hier geltenden Werte – Freiheit, Rechtssicherheit, Minderheitenschutz usw. – ausdrücklich schätzen.¹³ Von tiefgreifenden Differenzen kann also nur sehr eingeschränkt die Rede sein. Sofern es insbesondere bei Flüchtlingen aus mehrheitlich muslimischen Ländern Indizien für eine Häufung autoritärer oder sozial konservativer Einstellungen und Werte gibt,¹⁴ ist zumindest bisher nicht zu erkennen, dass diese ethischen Haltungen den ohnehin in der Bevölkerung bestehenden Hang zum Autoritarismus dramatisch verschärfen würden.

Taylor macht indes eine weitere tiefgreifende Differenz geltend, nämlich die zwischen den kulturell dezentrierten, ehemals angelsächsischen Gesellschaften, die sich in der »Story« des Multikulturalismus wiedererkennen würden, und anderen Gesellschaften, zu denen dieses Narrativ aus zwei Gründen nicht passe: erstens, weil sie eine viel homogenere, in nationalen Traditionen verwurzelte Stammbevölkerung aufwiesen, und zweitens, weil sie sich in ihrer kulturellen Integrität durch Globalisierung und Zuwanderung bedroht sähen. Zu dieser zweiten Sorte von Gesellschaften passe deshalb weniger das Modell des Multikulturalismus als vielmehr das Modell

13 Vgl. Herbert Brücker u.a., »Geflüchtete Menschen in Deutschland – eine qualitative Befragung«, in: *IAB Forschungsbericht* 9 (2016), S. 23–31; online unter: doku.iab.de/forschungsbericht/2016/fb0916.pdf [5. 3. 2016].

14 Vgl. Ronald Freytag, *Flüchtlinge* 2016. Studie der HMKW zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen 2016, Berlin 2016; online unter: http://www.hmkw.de/Fluechtlinge/media/download/Infografiken/Infografiken/HMKW_Fluechtlinge.

des von Taylor so genannten »Interkulturalismus«. Im Unterschied zum Hyperpluralismus der englischsprachigen Welt setze das Modell des Interkulturalismus weiterhin die Existenz einer robusten Mehrheitsgesellschaft und einer mit ihr verbundenen Identität – einer »reigning historical identity«¹⁵ – voraus, die aber gleichwohl alle Bürger_innen zu Wort kommen lasse und gleich behandle.

Zuzustimmen ist Taylor, wenn er schreibt, dass die in mancher Hinsicht einzigartige Koexistenzordnung Kanadas nicht umstandslos auf die Staaten der übrigen Welt übertragen werden könne. Der kulturelle Pluralismus ist in seinen Erscheinungsformen selbst plural und drückt sich nicht überall in denselben Mentalitäten und Institutionen aus. Weniger einleuchtend scheint mir hingegen Taylors Unterscheidung von zwei Typen mehr oder weniger identitätsgebundener Gesellschaften zu sein, die seinen Modellen des Multi- und des Interkulturalismus zugrunde liegt. Taylors Deutungsvorschlag kann nämlich nicht erklären, warum trotz starker rassistischer Gegenbewegungen Deutschland, Österreich und Schweden in jüngster Zeit wesentlich größere Zahlen von zumeist muslimischen Flüchtlingen aufgenommen haben als Kanada oder die USA, und zwar mit der anhaltenden Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung. Vor allem kann Taylor nicht erklären, wie es in der extrem vielfältigen, multiethnischen Gesellschaft der Vereinigten Staaten zum Aufstieg eines Rassisten wie Donald Trump kommen konnte. Mit dem Multikulturalismus teilt der Trumpismus nur die eine Gemeinsamkeit, dass er ebenfalls Identitätspolitik betreibt. Der Kern dieser neuen, nominell mehrheitsfähigen Identitätspolitik besteht darin, die »Weißen« nicht mehr nur als statistische Gruppe, sondern als reale Adresse einer rhetorischen Aufwertung zu behandeln und gegen die Ansprüche der andersfarbigen People of Color und anderer Minderheiten zu mobilisieren. Diese Strategie einer Identitätspolitik mit umgekehrten Vorzeichen ist zur Überraschung zahlloser Beobachter aufgegangen.

Einige der Bausteine der politischen Theorie Taylors können uns vielleicht helfen, das in den USA Geschehene zu verstehen. So spricht Taylor in seinem Multikulturalismus-Essay von der Dynamik der Missachtung, die zum Beispiel Frauen dazu gebracht habe, »einen entwürdigenden Begriff ihrer selbst zu akzeptieren«.¹⁶ In Anlehnung an dieses hier nur knapp skizzierte Argument kann man vermuten, dass ein destruktiver Neoliberalismus bei einer wachsenden Zahl von US-Bürger_innen chronische Versagensängste und Statussorgen hervorgerufen hat. Das neoliberale Narrativ ist so gestrickt, dass es Menschen, die beruflich scheitern, dazu bringt, den Misserfolg nicht dem System, sondern sich selbst anzulasten. Jeder erscheint sich selbst als seines eigenen Unglückes Schmied. Das Resultat ist eine Art

¹⁵ Charles Taylor, »Interculturalism or Multiculturalism?«, in: *Philosophy and Social Criticism* 38 (2012), 4/5, S. 413–423, hier S. 418.

Auf dem Etikett nicht zu sehen:
der Halberstädter Dom.



struktureller Melancholie, die in der Begeisterung für Trump in blinde, fascistoide Manie umgeschlagen ist.¹⁷

Zur Vervollständigung des Bildes gehört die Zuspitzung der Trump-Kampagne auf (vor allem männliche) weiße Wähler außerhalb der großen Küstenstädte. Viele von diesen Wählern werden keineswegs real missachtet, sondern fühlen sich entwürdigt durch die bloße Tatsache, als Weiße einer schrumpfenden und zudem nicht länger selbstverständlich privilegierten Bevölkerungsgruppe anzugehören. Dieses Gefühl wiederum setzt voraus, dass Weißsein zu einem Merkmal gemacht worden ist, das überhaupt etwas bedeutet und für das man sich in gewisser Weise entscheiden kann. Tatsächlich verdankt Trump seinen Erfolg auch dem Umstand, dass eine wachsende Zahl von US-amerikanischen Latinos sich bei offiziellen statistischen Erhebungen inzwischen als »weiß« klassifiziert.¹⁸ Eine Schwäche der politischen Theorie Taylors liegt darin, dass sie solchen Bedeutungspraktiken nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt. Die Idee einer vermeintlich autochthonen ethnologischen Stammbevölkerung ist keine Besonderheit des alten Europa, sondern kann als massenwirksames ideologisches Phantasma offensichtlich auch in den Vereinigten Staaten wahgerufen werden. Das Problem in den USA ist nicht, dass der Multikulturalismus gescheitert ist. Vielmehr hat es umgekehrt den Anschein, dass die Erfolge des Multikulturalismus seit der Bürgerrechtsbewegung eine Situation geschaffen haben, in der viele von denjenigen, die nicht mehr allein qua Hautfarbe und Geschlecht zu den Privilegierten gehören, anfällig geworden sind für die Demagogie eines manischen Politiklers. Die USA unter Trump bieten zurzeit das Schauspiel einer hyperpluralistischen Gesellschaft der Minderheiten, in der es noch einmal gelungen ist, die Fiktion einer eingeborenen Mehrheit zu mobilisieren, deren Sprecher im Weißen Haus sich anschießt, dieser imaginären Mehrheit zu einem »tyrannischen« Machtmonopol zu verhelfen.

Volker M. Heins ist Senior Fellow und Mitglied des Vorstands am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI). Er lehrt als außerplanmäßiger Professor für Politische Theorie an der Universität Duisburg-Essen.
volkerheins@kwi-nrw.de

¹⁷ Vgl. hierzu die brillante Analyse von Christina Tarnopolsky, »Melancholia and Mania on the Trump Campaign Trail. Revisiting Caputi's *American Overabundance* and *Cultural Malaise*«, in: *Theory & Event* 20 (2017), S. 100–128.

¹⁸ Vgl. Michael Lind, »This Is What the Future of American Politics Looks Like«, in: *Politico.com*, 22.5.2016; online unter: www.politico.com/magazine/story/2016/05/2016-election-realignment-partisan-political-party-policy-democrats-

Nr. 2 April / Mai 2017

Hamburger Institut für Sozialforschung / Einstein Forum Potsdam

Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte

Beilage zum *Mittelweg* 36

Russlands Gesellschaft

Mischa Gabowitsch Diesseits der Kremlmauern

Für einen anderen Blick auf die russländische Gesellschaft 63

Stephen Lovell Kontinuität und Wandel in

Russlands Gesellschaft seit den 1960er-Jahren 74

Laurent Thévenot Von Russland lernen Für eine Entprovinzialisierung der Soziologie und Historiografie des Politischen 86

Mischa Gabowitsch

Diesseits der Kremlmauern

Für einen anderen Blick auf die russländische Gesellschaft*

Die publizistische, aber auch die interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Debatte über das heutige Russland konzentriert sich nahezu ausschließlich auf die Funktionsweise des politischen Systems, Aussagen seiner Vertreter und Fragen des Machtenthalts oder -wechsels. Mit schöner Verlässlichkeit sind es immer wieder Wladimir Putin, seine Umgebung und die breiteren politischen Eliten, die im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Die Gesellschaft kommt in der Diskussion allzu oft nur als »abhängige Variable« vor¹ –

* Dieser Aufsatz wie auch die beiden folgenden Beiträge von Stephen Lovell und Laurent Thévenot gehen auf das 23. Berliner Colloquium für Zeitgeschichte zurück, das am 20. und

21. Mai 2016 in Berlin stattfand. Die von mir konzipierte und von Bettina Greiner organisierte Tagung stand unter dem Titel »Societal Transformation in Russia since 1980«.

¹ Samuel A. Greene, »Society, Politics, and the Search for Community in Russia«, in: Maria Lipman / Nikolay Petrov (Hg.), *Russia in 2020. Scenarios for the Future*,